

Wohnungsbau in NRW:

60 Prozent Minus seit 1984

1984:
101 454 neue Wohnungen

1988:
40 014 neue Wohnungen

Wortbruch, Fehleinschätzungen des Bedarfs, Fehlinvestitionen großen Stils und falsche Förderrichtlinien – das vor der letzten Landtagswahl groß angekündigte Wohnungsbau-Programm der Regierung Rau war nichts als eine Worthülse. Tatsächlich ging der Wohnungsbau in NRW von 1984 bis 1988 um fast zwei Drittel zurück.

Wortbruch und Zickzackkurs

SPD verursacht Wohnungsnot in NRW

Allen SPD-Ablenkungsmanövern zum Trotz: Der wohnungspolitische Zickzackkurs der Regierung Rau ist maßgeblich verantwortlich für die Misere auf den Wohnungsmärkten in Nordrhein-Westfalen. Dieser Zickzackkurs muß abgelöst werden durch eine solide finanzierte, berechenbare und verlässliche Wohnungsbaupolitik. Der SPD-Zickzackkurs ist gekennzeichnet durch Wortbruch, Fehleinschätzungen des Bedarfs, Fehlinvestitionen großen Stils, falsche Förderrichtlinien und bürokratische Hemmnisse.

Von
Hubert Doppmeier,
MdL

Noch vor der letzten Landtagswahl führte die SPD-Landesregierung ein Mehrjahresprogramm für den Wohnungsbau ein. Sie erklärte dazu: „Ziel des mehrjährigen Wohnungsbauprogrammes ist Kontinuität in der Planung der Wohnraumversorgung. Es leistet zugleich einen Beitrag zur Verstetigung der Baunachfrage und die Sicherung der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft.“

Dieses Programm sah für die Jahre 1986 bis 1988 die Förderung von 84 010 Ein-

heiten vor. Tatsächlich wurden in diesem Zeitraum 17831 Wohnungen weniger gefördert.

Wortbruch nach der Wahl

Schon im Juni 1985, also einen Monat nach der Landtagswahl, kündigte Finanzminister Posser eine starke Reduzierung der Wohnungsbauförderung an. Durch diese Reduzierung trug die Regierung Rau dazu bei, daß in den Jahren 1986 bis 1988 viele Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft durch Firmenzusammenbrüche oder Entlassung abgebaut wurden. Diese Kapazitäten fehlen uns heute, weil erfahrungsgemäß der Maurer nicht mehr zur Bauindustrie zurückkehrt, wenn er erst einen Arbeitsplatz in der Industrie gefunden hat.

Drastischer Rückgang bei Neubauten

In NRW wurden 1984 noch 101 454 Wohnungen fertiggestellt. 1988 waren es dagegen nur noch 40 014. Dies ist ein Rückgang von über 60 Prozent. Auch das Wohnungsbauförderungsprogramm für das Jahr 1990 wird dem tatsächlichen Bedarf bei weitem nicht gerecht. Lediglich 26 700 neue Wohnungen sollen mit Landesmitteln gefördert werden.

Zusammen mit den Wohnungen, die frei finanziert werden, rechnet die Landesregierung in diesem Jahr mit knapp 60 000 neu errichteten Wohnungen. Dies ist nicht einmal die Hälfte des Neubedarfs.

Diese Förderpraxis der Regierung Rau zeigt: Sie ist unfähig, aus den neuen wohnungsbaupolitischen Herausforderungen die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Jetzt muß das Motto lauten: Klotzen statt kleckern. Wie es die Bundesregierung tut.

Millionen für marode Neue Heimat

Anstelle der konsequenten Umsetzung des mehrjährigen Wohnungsbauprogramms engagierte sich die Landesregierung in den Jahren 1985 bis 1987 für die Rettung des maroden gewerkschaftseigenen Konzerns Neue Heimat. In den Ankauf dieses Wohnungsgiganten investierte sie horrende Summen. Dieses Geld stand deshalb für die Neubauförderung nicht mehr zur Verfügung. Statt die Wohnungsbaumittel für die Förderung von Neubauten zur Verfügung zu stellen, steckte die Regierung Rau das Geld in schon errichtete und zum Teil heruntergekommene Wohnungen.

Noch 1984 hatten die Ministerpräsidenten der Länder einstimmig beschlossen, den Bund zum Rückzug aus der Wohnungsbauförderung aufzufordern. Entgegen dieser Aufforderung der Länder hat die Bundesregierung wegen des starken Wohnraumbedarfs schnell ein umfangreiches Programm für die Schaffung zusätzlicher Wohnungen auf den Weg gebracht.

Kernpunkte dieses Programms sind:

- 1 Million neuer Wohnungen in den nächsten drei Jahren durch mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau,
- Steuererleichterungen für den Neuaus- und Umbau von Mietwohnungen,
- Bausparhilfen für Häuslebauer,
- bau- und planungsrechtliche Erleichterungen,
- mehr Baukindergeld und höheres Wohngeld.

Zehnpunkteprogramm für jährlich 100 000 Wohnungen

Die CDU-Landtagsfraktion hat in den Jahren 1985/86/87 von der Landesregierung verlangt, jährlich mindestens 22 000 bis 25 000 neue Wohnungen zu fördern.

Dies war damals notwendig, um eine ausreichende Beschäftigung der Bauwirtschaft und den Wohnraumbedarf der 90er Jahre sicherzustellen. Durch eine vorausschauende Wohnungsbaupolitik, wie sie von der CDU vorgeschlagen wurde, hätten die heutigen Engpässe verhindert werden können.

1. Erhöhung der Fördermittel für den Eigenheim- und Mietwohnungsbau.
2. Einführung des 3. Förderweges.
3. Erleichterung des Dachgeschoßausbaus durch Änderung der Landesbauordnung (Verzicht auf den Nachweis von Stellplätzen bis zum 31. Dezember 1995).
4. Die Fördermittel so auf die Wohnungsämter verteilen, daß diese unverzüglich in Baumaßnahmen umgesetzt werden.
5. NRW muß das Wohnungsbauerleichterungsgesetz des Bundes im Bundesrat unterstützen.
6. Die Kommunen dabei unterstützen, schnell neues Bauland zur Verfügung zu stellen.
7. Die SPD darf durch die Zuweisungspraxis bei der Zuteilung von Fördermitteln nicht länger der kommunalen Bauleitplanung entgegenwirken.
8. Die Anfragen nach öffentlichen Fördermitteln — insbesondere für den Eigenheimbau — müssen zur Feststellung des tatsächlichen Bedarfs sorgfältig erfaßt werden.
9. Die Baukapazitäten müssen voll dem Wohnungsbau zur Verfügung stehen, deshalb Verzicht auf Verwaltungsneubau- und Prestigeobjekte.
10. Die Förderbestimmungen müssen unverzüglich so geändert werden, daß in Zukunft mehr Wohnungen mit den verfügbaren Mitteln gefördert werden können. Darüber hinaus müssen die Richtlinien verstärkt Anreize enthalten, damit auch Private mehr Mietwohnungen bauen.

Die CDU in NRW hat immer für eine konsequente, berechenbare und bedarfsgerechte öffentliche Förderpolitik gekämpft. Durch einen Regierungswechsel am 13. Mai 1990 kann NRW wieder an die großartigen Wohnungsbau-Leistun-

dert werden können. Von der Landesregierung wurden diese Vorschläge jedoch nicht aufgegriffen.

Jetzt muß in NRW schnell gehandelt werden. Wir können in den nächsten Jahren jährlich 100 000 bis 120 000 neue Wohnungen schaffen, wenn rund 40 000 neue Wohnungen öffentlich gefördert und weitere ergänzende Maßnahmen ergriffen werden. In einem Zehnpunkteprogramm schlägt die CDU-Landtagsfraktion hierzu folgendes vor:

gen der Regierungen Arnold und Meyers anknüpfen.

Die CDU ist der beste Garant für eine gute Wohnraumversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger im Lande Nordrhein-Westfalen.

**Willy Wimmer vor 50000 Menschen
auf dem Marktplatz in Auerbach**

„Gemeinsam packen wir's!“

Vor 50000 begeisterten Menschen in der Grevenbroicher DDR-Partnerstadt Auerbach, vor ihm ein Meer von Fahnen in den Farben Schwarz-Rot-Gold, setzte der NRW-Unionspolitiker unmißverständlich auf die deutsche Einheit: „Sie ist nicht mehr aufzuhalten“, betonte Wimmer in seiner immer wieder von Beifallsstürmen unterbrochenen Rede.

Die Wahlen am 18. März bezeichnete Wimmer als ein Votum für die Freiheit: „Stimmen Sie für Gerechtigkeit und Wohlstand“, appellierte er und riet eindringlich: „Keine Stimme darf durch Weggehen verschleudert werden.“

Frenetischen Beifall erhielt Wimmer, als er betonte, daß die Union in der nationalen Frage stets den Kurs gehalten habe. „Die CDU Deutschlands hat die deutsche Teilung nie akzeptiert, bis in die jüngste Zeit. Das Ansinnen anderer Parteien, eine doppelte Staatsangehörigkeit anzuerkennen, wurde mit Erfolg bekämpft.“

Wimmer weiter: „Die CDU hat entschieden dafür gefochten, daß die staatsanwaltschaftliche Erfassungsstelle in Salzgitter ihre Arbeit fortsetzen konnte, um Unrechtstaten des SED-Regimes erfassen zu können, soweit dies möglich war.“

Wimmers eindringlicher Appell, begleitet von frenetischem Jubel der 50000 Menschen: „Stimmen Sie am 18. März für die Freiheit, damit Sie nicht die Freiheit außerhalb Ihrer Heimat suchen müssen.“

Nach vierzig Jahren Mißwirtschaft sollten Sie sich für den Erfolg entscheiden und sozialistischen Experimenten eine klare Absage erteilen.“

Ein lang anhaltender Applaus „Deutschland, Deutschland“-Rufe schlossen sich an Wimmers Rede. Der NRW-Unionspolitiker war sichtlich beeindruckt: „Ich hätte nicht gedacht, daß wir so etwas noch erleben“, sagte Wimmer, bevor er sich zu Gesprächen unter die friedliche Demonstranten mischte.

NRW-CDU fordert Abschiebung von Asylbewerbern

Die konsequente Abschiebung der fast 180000 rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber in NRW fordert die nordrhein-westfälische CDU. Gleichzeitig warnte CDU-Sozialexperte Hermann-Josef Arentz die SPD-Landesregierung davor, Deutsche schlechter zu behandeln als Asylbewerber, „indem sie für abgelehnte Asylanten die Hotels zahlt, Übersiedler aber die Sozialleistungen drastisch kürzt.“ Arentz: „Zur Zeit leben in der Bundesrepublik 545000 rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, davon ein Drittel in NRW. Das Land erstattet den Kommunen für diesen Personenkreis 1990 fast 600 Millionen Mark an Sozialhilfe – sechsmal mehr als noch im Jahr 1985.“